

verbreitert, als auch das auf den Grotewohl-Brief folgende Angebot der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bonner Bundestag der Ablehnung verfiel. Das deutsche Volk konnte sich davon überzeugen, wer seine nationalen Interessen vertritt und wer seine nationalen Interessen verrät.

Es wurde in diesem Zusammenhang neuen großen Schichten der Bevölkerung auch in Westdeutschland klar, daß die Politik der Einheit Deutschlands, die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik konsequent vertreten wird, der einzige Weg zu einer friedlichen Entwicklung ganz Deutschlands ist.

## **2. Regierung und Volk in einer Front**

### **Prüfstein für jeden Deutschen: die Einstellung zur Frage des Friedens**

Es ist kein Zufall, daß die Deutsche Demokratische Republik mit allen Schichten der Bevölkerung, mit ihren Parteien und Massenorganisationen und ihrer Regierung in dem verantwortungsvollen und schweren Kampf des deutschen Volkes gegen Remilitarisierung und Krieg an erster Stelle steht.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurden dem deutschen Imperialismus und Militarismus — dem Potsdamer Abkommen entsprechend — die Grundlagen entzogen. Hier wird jede Kriegshetze als strafwürdiges Verbrechen angesehen. Hier kommt die Friedenssehnsucht, der Friedenswille des ganzen deutschen Volkes in vollem Umfange frei zur Geltung. Denn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Regierung des Volkes, die dem Willen des Volkes entsprechend handelt.

Ein Prüfstein für die wahre Einstellung jedes einzelnen Deutschen, jeder Partei, jeder Organisation, jeder Regierungsinstitution zu den Lebensfragen der deutschen Nation ist die Haltung gegenüber der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951.

Während Adenauer und seine Separatregierung im Auftrage der amerikanischen Okkupanten und der deutschen Monopolherren mit Verboten und hemmungslosem Polizeiterror auf den Aufruf des in Westdeutschland unter Anteilnahme aller Kreise der Bevölkerung gebildeten Ausschusses für Volksbefragung gegen die Remilitarisierung antworteten, fand dieser Aufruf in der Deutschen Demokratischen Republik überall bei der Bevölkerung wie bei der Regierung stärksten Widerhall und bereitwillige Unterstützung.

Adenauer und seine Minister berieten in Geheimkonferenzen auf dem Petersberg mit den Hohen Kommissaren der imperialistischen Westmächte darüber, wie sie die immer stärker den Frieden fordernde Stimme des deutschen Volkes ersticken, wie sie möglichst schnell die Jugend Westdeutschlands in die Massengräber eines neuen Weltkrieges hetzen können. Zur gleichen Zeit waren der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik und die Mitglieder der Regierung zusammen mit den Funktionären der Parteien und Massenorganisationen wochenlang Tag für Tag unterwegs, um in Fabriken und Werkstätten, in Dörfern und Städten für den Frieden zu werben und auch den letzten vielleicht noch schwankenden Deutschen von der Not-

wendigkeit der Erhaltung des Friedens und der Bekämpfung der Kriegsgefahr zu überzeugen. Regierung und Volk kämpfen in einer Front — beide mit Anspannung aller Kräfte — für den Frieden.

### **Aufruf zum nationalen Widerstand**

Schon anlässlich der am 19. September 1950 auf der New-Yorker Separatkonferenz der Westmächte gefaßten Beschlüsse, die zwecks Vorbereitung des amerikanischen Krieges die Remilitarisierung Westdeutschlands und wesentliche Verstärkung der in Westdeutschland stationierten Truppen der imperialistischen Mächte vorsahen, hatte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das deutsche Volk zum nationalen Widerstand gegen die Kriegsdrohung aufgerufen. In dem Beschluß des Ministerrates vom 21. September 1950 heißt es unter anderem:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft das deutsche Volk und insbesondere die Bevölkerung in Westdeutschland auf, den nationalen Widerstand gegen Remilitarisierung und Aggression zu entfalten ... um dem deutschen Volk Frieden und Einheit zu sichern. Ein Krieg wäre das Ende unseres Volkes. Wir aber wollen leben und aufbauen für eine bessere Zukunft in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern.“

## **3. Widerstand in Westdeutschland**

### **Arbeiter und General**

In Westdeutschland vereint der Widerstand gegen das Verbrechen der Remilitarisierung und der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges die deutschen Friedensfreunde und Patrioten aus allen Kreisen der Bevölkerung und mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen. Diese Front des Widerstandes gegen Remilitarisierung und Krieg reicht vom Arbeiter bis zum General des zweiten Weltkrieges, der sich der Verantwortung für den Frieden und die Zukunft des deutschen Volkes bewußt geworden ist. Hinter den aktiven Kämpfern gegen Remilitarisierung und Krieg steht die große Mehrheit der Bevölkerung, die den Frieden ersehnt und den Krieg haßt. Sie verfolgt mit wachsender Beunruhigung und Erbitterung, wie entgegen dem klaren Willen des Volkes die Remilitarisierung mit Riesenschritten vorwärtsgetrieben wird, wie die deutschen Imperialisten und Militaristen ihr Haupt erheben und mit zunehmendem Einfluß frecher und unverschämter werden.

Sogar diejenigen westdeutschen Zeitungen, die — ob aus eigenem Antrieb oder unter Zwang, sei dahingestellt — die antideutsche Politik der Adenauer—McCloy vertreten, sehen sich genötigt, wenigstens gelegentlich der Beunruhigung und Erbitterung, der wahren Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung Raum zu geben.

Viele dieser Veröffentlichungen bestätigen den Friedenswillen der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Aus vielen von ihnen, vor allem aus den Zuschriften der Leser, sprechen die vielfältigen Gründe, aus denen einfache, ehrliche Menschen die Politik der Remilitarisierung und des Krieges ablehnen und sich für den Frieden entscheiden.